

## PROTOKOLL

über die 21. Sitzung des Orsrates Melle-Mitte  
-Videokonferenz- am Donnerstag, den 04.03.2021,  
Forum am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle

**Sitzungsnummer:** ORME/027/2021  
**Öffentliche Sitzung:** 19:30 Uhr bis 22:15 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Ortsbürgermeisterin**

Gerda Hövel

#### **stellv. Ortsbürgermeister**

Johannes Marahrens  
Reinhardt Wüstehube

#### **Ortsratsmitglied CDU-Fraktion**

Leonhard Birke  
Karl Hotho  
Jan-Hendrik Hüpel  
Malte Stakowski  
Christian Terbeck  
Rainer Vogt-Rohlf

#### **Ortsratsmitglied SPD-Fraktion**

Hauke Dammann  
Jutta Dettmann  
Annegret Mielke  
Uwe Plaß  
Erich Walkenhorst

#### **Ortsratsmitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion**

Silke Meier

#### **Ortsratsmitglied**

Matthias Pietsch  
Kay Wittefeld

#### **von der Verwaltung**

Stadtbaurat Frithjof Look  
StVR Sandra Wiesemann  
M.Sc. Alexander Reuschel

#### **ProtokollführerIn**

StA Herbert Seelhöfer

#### **Gäste**

Gast/Gäste

Herr Richling, IPW zu TOP 8 u. 9

#### **Zuhörer**

Presse  
Zuhörer

Frau Muck  
6 Personen

### **Abwesend:**

## Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls v. 20.01.2021
- TOP 5 Berichte
- TOP 5.1 Ortsbürgermeisterin
- TOP 5.2 Verwaltung
- TOP 5.3 Arbeitskreise
- TOP 6 Vergabe von Mitteln zur Pflege der örtlichen Gemeinschaft
- TOP 7 Umgestaltung Marktplatz / Haferstraße - Weiteres Verfahren  
Vorlage: 01/2021/0016
- TOP 8 14. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Melle im Bereich "Gewerbepark grüne Kirchbreede", Melle-Mitte - erneute Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB  
Vorlage: 01/2021/0070
- TOP 9 Bebauungsplan "Gewerbepark grüne Kirchbreede", Melle-Mitte - erneute Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB  
Vorlage: 01/2021/0042
- TOP 10 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Firmenzentrale Melle - 1. Änderung"  
Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB  
Vorlage: 01/2021/0046
- TOP 11 Wünsche und Anregungen

## **TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Ortsbürgermeisterin Hövel eröffnet die Sitzung per Videokonferenz und begrüßt die Ortsratsmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, der Firma IPW und der Presse sowie sechs im Sitzungsraum anwesende Bürger. Zu ihrer Abfrage, ob alle mit der Datenschutzerklärung zur Durchführung der Videokonferenz einverstanden seien, auch wenn die Erklärung bis jetzt noch nicht zurückgesandt worden sei, erklärten alle Teilnehmer Einverständnis. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung geladen wurde und Beschlussfähigkeit gegeben sei.

## **TOP 2 Einwohnerfragestunde**

Frau Kruckemeyer von der BI „Grün statt Grau“ erkundigt sich nach dem jetzigen Zeitplan für den B-Plan Grüne Kirchbreite. Sie fragt, warum der Klimaschutz- und der Umweltbericht fehlen würde. Dies halte sie für essenziell wichtig, zeigt Unverständnis, dass diese Berichte nicht beigefügt seien und möchte wissen, wann hiermit zu rechnen sei.

Frau Lepper weist darauf hin, dass eine Wallhecke entlang der Gesmolder Str. im Plangebiet „Grüne Kirchbreite“ in dem Erstentwurf nicht enthalten sei. In den ersten Gesprächen sei eine Wallhecke angesprochen worden und es sei suggeriert worden, dass diese auch umgesetzt werde. Sie fragt, inwieweit die Verwirklichung dieser Wallhecke jetzt noch vorgesehen sei. Weiter stellt sie fest, dass auf öffentlichen Flächen einiges für Boden, Natur und Gewässerschutz vorgesehen sei. Dies betreffe aber nicht die privaten Baugrundstücke. Von den Vorschlägen der BI „Grün statt Grau“ würden insbesondere Fassadenbegrünungen, Photovoltaikanlagen und Solarthermie fehlen. Schließlich weist sie darauf hin, dass die im südlichen Plangebiet befindliche Senke hydrologisch sehr tief liegen würde. Sie fragt, wie von dieser Stelle das Oberflächenwasser in das nordöstlich geplante RRB Richtung Else abgeleitet werden soll. Vielleicht sei es besser, das Regenwasser zentral zurückzuhalten. Sie fragt sich, was bei Starkregenereignissen in dieser Senke passiere.

Ortsbürgermeisterin Hövel bedankt sich für die Anfragen und erklärt, dass die Antworten auf die Fragen zu den TOP 8 und 9 erfolgen werden.

## **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird angenommen.

## **TOP 4 Genehmigung des Protokolls v. 20.01.2021**

Auf den Hinweis von Herrn Pietsch wird das Protokoll der Sitzung vom 20.01.21 mit der Änderung genehmigt, dass zum TOP 12 „Wünsche und Anregungen“ der Hinweis zu den fehlenden Piktogrammen an öffentlichen Toiletten nicht von Herrn Pietsch, sondern von Herrn Stakowski vorgetragen wurde.

## **TOP 5     Berichte**

### **TOP 5.1   Ortsbürgermeisterin**

Ortsbürgermeisterin Hövel teilt mit, dass die Skateranlage fertiggestellt sei, wegen Corona allerdings noch nicht genutzt werden könne. Sie freue sich auf einen gemeinsamen Eröffnungstermin, sobald dies möglich sei.

Herr Wittefeld sei wieder der UWG-Fraktion im Ortsrat Melle beigetreten, sodass Herr Pietsch und Herr Wittefeld ab sofort wieder eine Fraktion bilden würden.

### **TOP 5.2   Verwaltung**

Frau Wiesemann geht auf die Mail zum Budget des Orsrates ein, die vor der Sitzung an die Mitglieder versandt wurde. Zur Sitzung des Orsrates am 20.01.21 wurde eine Budgetauswertung vom 03.01.21 vorgelegt. Diese Aufstellung beinhaltete alle bis dahin gebuchten Ausgaben und Aufwendungen aus dem Jahr 2020. Danach wurden noch weitere Rechnungen und Aufträge aus 2020 gebucht. Mit Stand vom 17.02.21 waren noch 343,63 € aus dem Gesamtbudget Ortsrat Melle verfügbar, was einer Budgetausnutzung von 99,64 % entspreche. Die Unterbudgets Straßenunterhaltung sowie Spiel- und Sportplatzunterhaltung seien dabei um über 3.800 bzw. 1.700 € überschritten worden. Im investiven Bereich, der in diesem Budget nicht abgebildet sei, seien für die Spielplätze Friedrich-Ludwig-Jahn-Str., Landshuter Str., Wievenesch, Nordenfelder Weg, Poggenburg und Mehrzweckplatz Lindath-Südwest insgesamt Investitionen von 17.586 € getätigt worden.

Herr Pietsch bittet darum, die Unterlagen zu den Investitionen an den Spielplätzen für den Arbeitskreis zur Verfügung zu stellen. Frau Wiesemann ergänzt hierzu, dass der bisher zuständige Mitarbeiter für die Spielplätze weiterhin erkrankt sei und ein anderer Mitarbeiter diese Aufgabe nun übernehme. Auch hierzu werde sie die Kontaktdaten für eine Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis zur Verfügung stellen.

Herr Stakowski bedankt sich bei Frau Wiesemann für die Ausführung. Er zeigt sich verwundert, dass Gelder dann immer wieder verschwunden seien. Er verweist auf § 9 Abs. 4 der Hauptsatzung, wonach der Ortsrat im Rahmen der bereitgestellten Finanzmittel über die Unterhaltung der Wasserläufe, der Wegeseitenräume der Straßen sowie der Naherholung entscheide. Von der Konzeption her müsse der Ortsrat entscheiden, was umgesetzt werden solle, eine politische Mitsprache sei erforderlich. Somit müsse der Ortsrat die Maßnahmen beschließen, damit am Jahresende nicht das böse Erwachen komme. Es müsse anders strukturiert werden, damit der Ortsrat über das Wichtige entscheiden könne.

Frau Wiesemann weist darauf hin, dass zu den Unterbudgets, insbesondere Gewässer- und Straßenunterhaltung, vor einigen Jahren sehr umfangreiche Daten für die Kostenkalkulation ausgewertet worden seien. Dadurch sei eine gleichmäßige Verteilung der Kosten auf alle Stadtteile erfolgt. Den Einfluss, den der Ortsrat auf die Budgets nehmen könne, sei begrenzt. Die Gewässerunterhaltung liege in der Hand des UHV, die Straßenunterhaltung beim Tiefbauamt. Zum Unterbudget „Pflege der örtlichen Gemeinschaft“ schlägt sie vor, dass der Ortsrat hier für verschiedene Maßnahmen Prioritäten setzen könne. Auch im Bereich der Spiel- und Sportplätze bestehe für den Ortsrat die Möglichkeit der frühzeitigen Einflussnahme.

Herr Walkenhorst weist darauf hin, dass er vor einiger Zeit angeregt hatte, einen Sandkasten auf dem Spielplatz Am Reiterweg zu installieren. Es sei allerdings nur ein Sandaustausch erfolgt. Nunmehr bittet er, dem Wunsch nach einen Sandkasten nachzukommen.

Frau Dettmann begrüßt, dass es Listen für die Investitionen an den Spielplätzen gebe. Diese sollten auch mit dem AK Spielplätze abgestimmt werden, weil der AK ein gutes Gespür dafür habe, was notwendig sei. Die Listen des Arbeitskreises seien leider nicht immer umgesetzt worden. Die angesprochene Liste solle vorgestellt und im Ortsrat dazu ein Votum eingeholt werden.

Ortsbürgermeisterin Hövel fasst zusammen, dass es für alle eine Enttäuschung gewesen sei, dass entgegen der Annahme nun doch keine Mittel des Orsrates mehr zur Verfügung stehen würden. Frau Wiesemann habe dies gut erläutert. Jetzt gelte zu überlegen, wie es besser zu organisieren sei. Sie hält einen Kontakt über die Arbeitskreise zum Fachamt für wichtig. Die Praxis von früheren Zeiten, wo das Fachamt den Arbeitskreis bei der Begehung der Spielplätze begleitet habe, solle wieder aufgenommen werden. Ferner solle der Stand der Ortsratsbudgets in kurzen Zeitabständen benannt werden.

Zum Friedhof informiert Frau Wiesemann, dass die Anregungen des Orsrates aus dem vergangenen Jahr umgesetzt werden. Zu den Malerarbeiten in der Kapelle würden Angebote eingeholt, so dass in den nächsten Monaten eine Umsetzung erfolgen könne. Für die Sanierung der Pflasterwege und die Pflege der städtischen Gräber sei die Mittelfreigabe durch den Ratsbeschluss zum Haushalt 2021/22 im März abzuwarten. Das Leistungsverzeichnis für die Gräberpflege werde in Zusammenarbeit mit Herrn Prof. Thieme-Hack erstellt. Der runde Tisch und alternative Bestattungsformen müssten noch weiter besprochen werden.

Zur Verbesserung der Situation im Gewerbegebiet Gerden-Ost stellt Frau Wiesemann in einer Power-Point-Präsentation die bisherigen Maßnahmen und Überlegungen dar. Es werden drei weitere Müllbehälter aufgestellt. Ein mobiles WC mit Handwaschbecken verursache Kosten von jährlich ca. 2.200 €. Ein Sanitärcontainer würde neben einmaligen Anschlusskosten je nach Ausstattung weitere jährliche Kosten von 15.000 bis 75.000 € bedeuten. Mögliche Standorte werden anhand eines Planes aufgezeigt. Zum runden Tisch sei Kontakt mit der Wirtschaftsförderung aufgenommen worden, welche Betriebe beteiligt werden könnten. Hier stelle sich auch die Frage, wer sich vom Ortsrat an dem runden Tisch beteilige und ob noch weitere Zielsetzungen aus der Bevölkerung vernommen worden seien.

Frau Meier bedankt sich für die guten Ideen. Das Hinweisschild, eine Toilette zu benutzen, solle besser mehrsprachig erklärt werden. Der geplante südliche Standort für eine Mobiltoilette am Maschweg sollte weiter nach Norden (in den Bereich des Waldstückes) verschoben werden, weil an der geplanten Stelle ein Wanderweg abzweige. Auch seien Verunreinigungen am Maschweg im Bereich der Firma Glawel sowie am Denkmalsweg festzustellen, so dass auch hier weitere Mülleimer aufgestellt werden sollten.

Herr Marahrens spricht sich dafür aus, zunächst ausschließlich die Toiletten umzusetzen, deren Kosten überschaubar seien, und das Ergebnis abzuwarten. Ob darüber hinaus ein Sanitärcontainer aufgestellt werden solle, sei später zu entscheiden. Ferner erklärt er seine Bereitschaft, an dem runden Tisch teilzunehmen.

Herr Plaß berichtet, dass er über facebook Kenntnis von einer Bürgerinitiative erhalten habe, in der sich Anwohner gegen ein Bauvorhaben in der Johann-Sebastian-Bach-Str. wenden. Er fragt, ob er hierzu weitere Informationen erhalten könne. Herr Look antwortet, dass dort ein B-Plan existieren würde und Bauwillige Anspruch auf eine Genehmigung im Rahmen der Festsetzungen haben. Herr Pietsch weist dazu darauf hin, dass dort 11 Wohneinheiten

zuzüglich Nebenanlagen geplant seien, so dass eine Überschreitung der Festsetzungen im B-Plan nicht auszuschließen seien. Er fragt, ob in solch einem Fall dann ein vorhabenbezogener B-Plan erstellt werden müsse. Hierzu gibt Herr Look allgemeine Informationen, dass eine bauplanungsrechtliche Zulässigkeit gegeben sei, wenn das Bauvorhaben dem B-Plan nicht widerspreche. Entspricht das Vorhaben nicht dem B-Plan, kämen zwei Möglichkeiten in Betracht: a) Antrag auf Befreiung von den Festsetzungen, die dann geprüft würden, b) Änderung des B-Planes.

Herr Reuschel teilt mit, dass er zum 01.04.21 die Stadt Melle verlassen und zur Stadt Osnabrück wechseln werde. Er bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit dem Ortsrat und bittet, dass seine Nachfolgerin, Frau Hermann, ebenso gut empfangen werde, wie er seinerzeit. Ortsbürgermeisterin Hövel bringt ihr Bedauern zum Weggang von Herrn Reuschel zum Ausdruck, seine Arbeit sei vom Ortsrat geschätzt worden. Sie bedankt sich für die gute Zusammenarbeit und wünscht ihm alles Gute.

### **TOP 5.3 Arbeitskreise**

Herr Birke teilt mit, dass die nächste Gewässerschau am 25.03.21 wegen der Coronasituation in bekannter Form nicht stattfinden könne. Er bitte um ein Votum aus dem Ortsrat, dass die Gewässerschau ausschließlich von Herrn Diener vom Tiefbauamt und ihm als Vorsitzenden des Arbeitskreises durchgeführt werde. Der Ortsrat erklärt sich hiermit einverstanden.

Frau Dettmann spricht das Kunstwerk des Meller Künstlers Möller „Mount Veggi“ an und erklärt, dass dies noch im Arbeitskreis besprochen werde.

### **TOP 6 Vergabe von Mitteln zur Pflege der örtlichen Gemeinschaft**

Ortsbürgermeisterin Hövel stellt fest, dass die Verwaltung gute Vorschläge einschl. einer guten Präsentation für die Verbesserung der Situation im Gewerbegebiet Gerden unterbreitet habe. Nun gelte es, die notwendigen Mittel in den Haushalt aufzunehmen, damit der Rat in der März Sitzung mit den Haushalt darüber beschließen könne.

### **TOP 7 Umgestaltung Marktplatz / Haferstraße - Weiteres Verfahren Vorlage: 01/2021/0016**

Ortsbürgermeisterin Hövel weist darauf hin, dass sich der Ortsrat schon lange mit der Neugestaltung des Marktplatzes befasst und vor Jahren schon vorausschauend gehandelt habe, um die Innenstadt attraktiver zu machen und mit dem Einzelhandel und der Gastronomie mehr Leben in der Innenstadt zu ermöglichen. Der Platz solle für Veranstaltungen dienen und zum Verweilen einladen.

Herr Look stellt in einer Präsentation die weiteren Umsetzungsschritte vor. Er betont, dass alle Interessensgruppen zu beteiligen seien und legt die Zeitplanung für die einzelnen Schritte vor.

Herr Terbeck zeigt sich verwundert, dass erneut in die Planung eingestiegen werde, das Thema sei ja nicht neu. Durch die Corona-Pandemie sei jetzt eine andere Situation eingetreten. Viele machen sich Gedanken, wie die Innenstädte zu pflegen seien. Die Zentralität bekomme eine noch größere Bedeutung. Die Planung müsse jetzt mit Akribie angegangen werden. Dazu gebe es die volle Unterstützung der CDU.

Herr Pietsch spricht sich dafür aus, kosmetische Veränderungen vorzunehmen, insbesondere müsse die Möglichkeit geschaffen werden, die Außengastronomie auszubauen. Es seien Maßnahmen erforderlich, und die Einbeziehung von Stakeholdern erweise sich als gut. Sollten die Umgestaltungsmaßnahmen allerdings mehrere Mio Euro an Kosten verursachen, müsse bei der Umsetzung auf die Bremse getreten werden.

Frau Dettmann bedankt sich bei Herrn Look für die Ausführungen und schließt sich dem Vorredner Terbeck an. Eine Neugestaltung sei erforderlich, die Innenstadt müsse mit Lebensqualität gefüllt werden, Verkehr dürfe nicht weiter aufgenommen werden. Wichtig sei, dass die Meller Bürger als Nutzer mit einbezogen würden. Die Planungen müssten mit Augenmaß erfolgen, es dürfe kein Millionenprojekt werden. Die Förderungen von Bund und Land seien in Anspruch zu nehmen.

Herr Marahrens schließt sich den Vorrednern an, dass die Innenstadt mit Leben gefüllt werden müsse. Hierzu müsse auch Geld in die Hand genommen werden, damit das gelinge.

Herr Dammann sieht den Marktplatz in einem guten Zustand, der auch Charme habe und von den Bürgern angenommen werde. Insoweit sehe er auch unter Berücksichtigung der Corona-Pandemie keine Notwendigkeit, hier im großen Stil zu investieren. Wenn es Veränderungen gebe, müssten diese mit Vernunft durchgeführt werden. Weil niemand in einer verödeten Stadt wohnen möchte, werde er trotz Bedenken dem weiteren Vorgehen zustimmen.

Auch Frau Meier spricht sich dafür aus, hier nach Augenmaß vorzugehen. Es gelte zu überlegen und mutig zu denken, wie man den Bereich verschönern kann und was die Innenstadt attraktiver macht. Dabei müssen die Kosten im Blick behalten werden.

Frau Mielke weist darauf hin, dass der Ortsrat die Planungen seit 2018 begleite. Wenn der neue Stadtbaurat jetzt neue Wege gehe, solle diesem Fahrplan zugestimmt werden. Zusätzlich solle noch die Beratung der Bürger in den Plan mit eingebunden werden. Der Ortsrat müsse die Mitwirkung der Bürger fordern, damit deren Anregungen mit aufgenommen würden. Sie empfiehlt die Vorgehensweise der Bürgerbeteiligung, wie dies beim B-Plan „Neue Mitte Nord“ erfolgt sei.

Auch Herr Walkenhorst hält eine Beteiligung der Bürger für sehr wichtig, zumal auch Kritik von den Bürgern geäußert werde. Mit Gewalt könne die Innenstadt nicht umgekrempelt werden. Der vom StBR vorgelegte Zeitplan sei in Ordnung.

Herr Stakowski stellt fest, dass diese Diskussion Mut und Optimismus verbreite. Es sei zu überlegen, wie eine Stärkung der Innenstadt herbeigeführt werden könne. Eine Befragung von Bürgern und Vereinen sei wichtig. Für die Neugestaltung des Marktplatzes erteile er volle Unterstützung, es müsse jetzt auf jeden Fall etwas passieren.

Herr Look sieht einen Konsens im Ortsrat für eine lebenswerte Innenstadt und zeigt sich zuversichtlich, gemeinsam in den Prozess einsteigen zu können.

Ortsbürgermeisterin Hövel bittet um Abstimmung.

Der Ortsrat empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Dem in Anlage 1 der Erläuterungen dargestellten Verfahren wird zugestimmt.

**TOP 8      14. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Melle im Bereich "Gewerbepark grüne Kirchbreite", Melle-Mitte - erneute Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB  
Vorlage: 01/2021/0070**

Ortsbürgermeisterin Hövel begrüßt zu diesem TOP Herr Richling von der Firma IPW aus Wallenhorst. Sie bittet, die Fragen aus der Einwohnerfragestunde mit zu beantworten.

Herr Look weist auf den Ratsbeschluss vom 17.12.2019 hin, wonach bei diesen Planungen und insgesamt bei Gewerbegebietsentwicklungen Aspekte der Nachhaltigkeit zu berücksichtigen seien. Das nachhaltige Konzept werde im Planungsausschuss diskutiert. Die frühzeitige Beteiligung solle wiederholt werden, um die Bürgerschaft noch mal mitzunehmen. Es solle ein B-Plan unter Berücksichtigung nachhaltiger und ökologischer Belange entstehen.

Herr Richling stellt die Änderungen zum Flächennutzungsplan und den B-Plan vor.

Ortsbürgermeisterin Hövel bedankt sich bei Herrn Richling für die ausführliche Darstellung. Sie schlägt vor, die noch offenen Fragen aus der Zuhörerschaft und andere Fragen schriftlich zu beantworten.

Hierzu ergänzt Herr Reuschel, dass nach dem Zeitplan in der zweiten Jahreshälfte die formelle Auslegung erfolgen solle. Mit einem Satzungsbeschluss werde im Jahr 2022 gerechnet, so dass Ende 2022 mit der Erschließung begonnen werden könne. Nach dem Vorbericht zum Umweltbericht seien die Wallhecken Richtung Osten derzeit nicht mehr in den Planungen enthalten, das Regenrückhaltebecken befinde sich jetzt auch außerhalb des Gebietes. Der Wunsch nach den Wallhecken könne noch mal mitgenommen werden. Dies würde eine optische, aber keine schalltechnische Wirkung bedeuten. Der B-Plan enthalte in dem textlichen Bereich zu 1.6. auch Festsetzungen für die gewerblichen Grundstücke. Die Versickerung des Regenwassers erfolge zum großen Teil auf den Grundstücken, der Rest werde dem RRB zugeführt. Nach Osten hin verblieben überwiegend unversiegelte Flächen. Überschwemmungsgebiete würden nach realen Ereignissen vom Land Niedersachsen festgelegt. Mit der unteren Wasserbehörde würden Gespräche wegen des RRB geführt.

Frau Mielke fragt, warum noch mal eine zweite veränderte frühzeitige Beteiligung und Auslegung erfolge. Aufgefallen sei eine Veränderung der Höhenbegrenzung der Baukörper, die jetzt 12 – 15 m betrage. Ferner fragt sie, ob Pilonen im Gebiet erlaubt seien, oder ob man dies unterbinden könne. In der nächsten Planungsausschusssitzung müssten die ökologischen Belange in einen neuen Rahmen gefasst werden. Wenn dort diese Belange umgesetzt würden, erkundigt sie sich, ob diese dann auch Anwendung in dem hier noch zu beschließenden Gebiet finden würden.

Herr Reuschel antwortet, dass diese Gebäudehöhen im Vorentwurf nicht enthalten waren. Mit den jetzt angesetzten 12 – 15 m solle der Flächenversiegelung Einhalt geboten werden. In Richtung der Gesmolder Str. sei eine verringerte Gebäudehöhe vorgesehen. Pilonen seien durch die vorgegebene Gebäudehöhe begrenzt, Fremdwerbung sei nicht zulässig. Bürger und Öffentlichkeit sollten noch mal besonders mitgenommen werden, was wegen Corona nicht so möglich gewesen sei. Dies habe dem Verfahren gut getan.

Herr Marahrens weist in Bezug auf die Vorschläge von Bürgerinitiative und Verwaltung darauf hin, dass das Gewerbegebiet wettbewerbsfähig bleiben müsse. Die Betriebe seien international aufgestellt, zu hohe Auflagen würden Probleme mit sich bringen.

Herr Wüsthube erteilt die Zustimmung zum Beschlussvorschlag. Hier werde Ackerland in Gewerbeflächen umgewandelt, was geringe Konfliktpotentiale mit sich bringe. Von den Vorschlägen der Bürgerinitiative seien 90 % im B-Plan enthalten, der Bereich Planung habe hier gründliche Arbeit geleistet. Problematisch erweise sich die Schmutzwasserableitung zur Kläranlage Gesmold. Die Anlage sei nicht weiter aufnahmefähig und für eine Erweiterung seien Gelder erforderlich.

Herr Pietsch fragt, ob die Erweiterungskosten der Kläranlage Gesmold auf die Erschließungskosten umgelegt würden. Wenn die Kosten von der Allgemeinheit getragen werden müssten, sei dies schwierig. Die Planung des RRB im Überschwemmungsgebiet sehe er kritisch, hier sei es besser, dies im Gewerbegebiet umzusetzen, um die Stadt vor Hochwasser zu schützen. Zu den ökologischen Belangen seien einige Punkte der Bürgerinitiative nicht umgesetzt worden. Insbesondere bedauere er, dass bei den textlichen Festsetzungen zu 3.7 Photovoltaik- und Solaranlagen lediglich empfohlen würden. Sofern die noch geforderten Punkte mit einfließen würden, könnte von einem grünen Gewerbegebiet gesprochen werden.

Herr Stakowski signalisiert Zustimmung und begrüßt die Auseinandersetzung mit dem bürgerschaftlichen Engagement. Ohne die Arbeit der Bürgerinitiative würden wir nicht da stehen, wo wir jetzt sind. Die Wohnbebauung der Anwohner sei zu schützen, es gebe inhaltlich viele positive Ansätze und Anregungen, die auch kritisch zu prüfen seien. Auch mit inhaltlichen politischen Forderungen müsse sich auseinandergesetzt werden. Er schlägt vor, den Wirtschaftsförderer einzuladen und die Möglichkeiten der Umsetzung zu diskutieren.

Ortsbürgermeisterin Hövel lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Der Ortsrat empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und der Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB wird durchgeführt.

Die Flächennutzungsplanänderung „Gewerbegebiet südlich Gesmolder Straße“ wird unter dem Namen „Gewerbepark grüne Kirchbreite“ fortgeführt.

**TOP 9      Bebauungsplan "Gewerbepark grüne Kirchbreite", Melle-Mitte - erneute Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB  
Vorlage: 01/2021/0042**

Ortsbürgermeisterin Hövel lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Ortsrat empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig bei zwei Enthaltungen folgenden

**Beschluss:**

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und der Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB wird durchgeführt.

Das Bauleitplanverfahren „Gewerbegebiet südlich Gesmolder Straße“ wird unter dem Namen „Gewerbepark grüne Kirchbreite“ fortgeführt.

**TOP 10 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Firmenzentrale Melle - 1. Änderung"**  
**Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB**  
**Vorlage: 01/2021/0046**

Anmerkung des Planungsamtes nach der Sitzung für das Protokoll: Weil die Stadt Melle sich die Möglichkeit der gewerblichen Erschließung der südlich an das Betriebsgelände Huning angrenzenden Flächen offen halten möchte, soll schon in der 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes die Anbindung an diese Flächen gesichert werden. Vor diesem Hintergrund war es notwendig, die als öffentliche Verkehrsfläche festgesetzte Erschließungsstraße unmittelbar an die Grenze des Geltungsbereiches zu führen. Entsprechende Vereinbarungen zur Sicherung dieser Erschließungsmöglichkeit werden darüber hinaus in dem Durchführungsvertrag getroffen werden. In der Sitzung wurde nicht der aktuelle Plan vorgelegt. Der überarbeitete Plan mit der o.g. Erschließung ist dem Protokoll beigefügt.

Auf Wunsch von Ortsbürgermeisterin Hövel stellt Herr Reuschel die Vorlage vor.

Herr Pietsch verweist auf den internen Grundsatzbeschluss der UWG, sich keiner Meller Firma bei deren Entwicklung in den Weg zu stellen. Hier müsse aber auch der Blick zurück in die Vergangenheit geworfen werden. Das geforderte RRB sei über die Jahre nicht umgesetzt worden, bzw. nur in einem kleinen Umfang. Wenn das RRB jetzt vertraglich gesichert werden solle, fragt er sich, wer sich um die Umsetzung kümmere. Weil bei der Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen und RRB Defizite vorhanden seien, müsse die Stadt Melle ggfs. Konventionalstrafen festsetzen. Grundsätzlich erteile er dem B-Plan Zustimmung.

Herr Wüstehube mutmaßt, dass die Umsetzung des kleinen RRB wohl in Absprache mit der Verwaltung erfolgt sein könnte, ohne dies nachvollziehen zu können. Wichtig sei, dass das RRB rasch umgesetzt werde. Das Regenwasser vom Lagerplatz werde ungedrosselt in den Strothbach geleitet, was zu einem großen Problem führen könne. Somit müsse der Bau des RRB vorgezogen werden, damit hier kein Schaden passiere. Der B-Plan erweise sich nachhaltig und sei in Ordnung.

Frau Mielke spricht sich dafür aus, der Firma Huning keine Steine in den Weg zu legen. Das RRB müsse umgesetzt werden, um die Stadt vor Hochwasser zu schützen.

Herr Birke erkundigt sich nach den Anteilen der Regenrückhaltung für Fa. Huning und für die Stadt Melle. Ferner erkundigt er sich, wie die Nachhaltigkeit in Bestand und Bewirtschaftung erzielt werden könne. Herr Look verweist auf den wasserrechtlichen Antrag zum RRB. Es entfallen 1.600 m<sup>3</sup> auf die Firma Huning und 6.000 m<sup>3</sup> auf die Stadt Melle.

Nachtrag zum Protokoll: Die wirtschaftliche Unterhaltung des RRB ist sichergestellt, Einzelheiten ergeben sich aus den vertraglichen Regelungen.

Ortsbürgermeisterin Hövel lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Der Ortsrat empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig bei zwei Enthaltungen folgenden

**Beschluss:**

Die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB wird beschlossen.

**TOP 11 Wünsche und Anregungen**

Herr Terbeck informiert über den Antrag der CDU, die Rathaustreppenkonzerte finanziell zu unterstützen. Die Konzerte tragen zur Belebung der Innenstadt bei und sollten eine breite Zustimmung finden.

Herr Pietsch unterstützt diesen Antrag.

In der letzten Ortsratssitzung habe er auf die Verwendung des Judensterns durch Querdenker bei einer Veranstaltung in Melle hingewiesen und vorgeschlagen, dass der OR hierzu ein gemeinsames Statement abgeben solle. Leider habe er hierzu ausschließlich eine Rückmeldung von Herrn Wüstehube erhalten. Sein Vorschlag sei jetzt nicht mehr so akut, ein gemeinsames Votum des Orsrates sei nicht nachzuholen.

Er schlägt vor, den Bereich der Gesmolder Str. zwischen der Ampel Rabingenstraße und der Ampel M.z.G.-Str. (Wasserwerk) wegen der Schüler als Tempo-30-Zone auszuweisen. Ihm sei bekannt, dass es sich hierbei um eine Landesstraße handle. Weil eine Tempo-30-Zone bereits an einer Landesstraße (Riemsloher Str. bei Charlies Kinderparadies) umgesetzt worden sei, bittet er die Verwaltung um entsprechende Prüfung.

Ortsbürgermeisterin Hövel weist darauf hin, dass eine Sitzung des Planungsausschusses für den 27.04.21 terminiert sei, wo Themen eingestellt würden, die eine vorherige Beratung im Ortsrat erforderlich machen. Die Mitglieder einigen sich darauf, dass die für den 05.05.21 geplante Sitzung des Orsrates auf den 21.04.21 vorgezogen wird.

Ortsbürgermeisterin Hövel bedankt sich bei allen Teilnehmern und Gästen und schließt die Sitzung um 22.15 Uhr.

15.04.21

14.04.21

09.04.21



gez. Wiesemann

gez. Seelhöfer

\_\_\_\_\_  
Ortsbürgermeisterin

\_\_\_\_\_  
Amtsleiterin

\_\_\_\_\_  
Protokollführer